



Hamburg hat gewählt

Rot-Grün wahrscheinlich oder doch lieber Rot-Schwarz?

Von Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Als am 23. Februar die Wahllokale um 18 Uhr schlossen, brach gleich bei mehreren Parteien frenetischer Jubel aus, zum Beispiel bei der Partei Die Linke, als die Prognose bei ARD und ZDF noch 4,7 Prozent für die AfD auswies. Die Ernüchterung folgte dann mit den Hochrechnungen, weil sich Parteien und Medien wieder einmal vorschnell von Prognosen leiten ließen.

Das vorläufige Endergebnis steht frühestens mitten in der Nacht fest und bei dem komplizierten Wahlverfahren sollte man in Hamburg besonders vorsichtig mit verfrühten Einschätzungen sein. Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) kann letztendlich zufrieden sein. Mit einem komfortablen Vorsprung und mit 39,2 Prozent – für die Sitzverteilung in der Bürgerschaft relevanten – Landeslistenstimmen verbucht die SPD Hamburg zwar einen Verlust von 6,4 Prozent gegen-



© DPoIG Hamburg (2)

> Thomas Jungfer

über der Bürgerschaftswahl 2015, bleibt aber stärkste parlamentarische Kraft in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Wahlsieger ist jedoch Bündnis 90/Die Grünen mit einem Zugewinn von 11,9 Prozent gegenüber der letzten Wahl und erreicht sehr bemerkenswerte 24,2 Prozent der Wählerstimmen. Zugewinne konnte auch Die Linke (plus 0,6 Prozent) verbuchen.

Ein historisch schlechtes Wahlergebnis erreicht jedoch die Hamburger CDU mit nur noch 11,2 Prozent (minus 4,7 Prozent). Was einst die Partei der inneren Sicherheit war, ist, so scheint es, nur noch ein Nebendarsteller auf der politischen Bühne Hamburgs. Bis zum Schluss zittern mussten FDP und AfD.

Die Hamburger Wählerinnen und Wähler haben die FDP abgestraft und mit knappen 4,9 Prozent (minus 2,5 Prozent) sind die Elbliberalen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und nur noch mit der Spitzenkandidatin vertreten,

die in Blankenese ein Direktmandat erkämpfte. Mit einem ebenso knappen, aber ausreichenden Ergebnis hat die AfD mit 5,3 Prozent (minus 0,8 Prozent) doch wieder den Sprung in die Bürgerschaft geschafft.

Bei der Wahlbeteiligung konnte erstmals der Abwärtstrend gestoppt werden, sie stieg um fast sechs Prozent gegenüber dem Jahr 2015 auf rund 62 Prozent an. Was aber immer noch bedeutet: Mehr als einem Drittel der wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger ist Landespolitik offenbar egal!

■ Interessant dürften jetzt die Wochen nach der Bürgerschaftswahl werden

Zwar rechnet jeder mit einer Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses, dennoch werden wohl auch Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU geführt werden. Ob es zu einer Fortsetzung der rot-grünen Koalition kommt, hängt mit Sicherheit auch davon ab, wie sehr die Grünen ihren Wahlsieg in die Waagschale werfen werden und wachsende Ansprüche anmelden. Während die SPD 2015 mit 45,6 Prozent der Stimmen fast viermal so stark war wie die Grünen (12,3 Prozent), hat sich das Kräfteverhältnis jetzt mehr als halbiert. Oft genug sind auch Stimmen der grünen Anhänger zu hören, die ein „Weiter so!“ ausschließen.

Die **DPoIG Hamburg** wird sich auch in Zukunft keinem Diskurs verschließen und die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen offensiv und engagiert vertreten. Wer eine

an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger ausgerichtete Polizei haben möchte, muss sie weiterhin personell und materiell so ausstatten, dass sie diesen berechtigten Anspruch auch erfüllen kann.

Es gibt für Senat und Behördenleitung viel zu tun, und ich möchte an dieser Stelle nochmals auf wichtige Forderungen hinweisen: Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Schutz- und Wasserschutzpolizei, Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Fortsetzung der Einstellungsinitiative, Schaffung von beruflichen Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, um nur einige Stichpunkte zu nennen.

Die Herausforderungen an die Polizei und alle anderen Sicherheitsbehörden werden in naher Zukunft weiter wachsen und die Politik muss sich darauf einstellen. Die Zeit des „schlanken“ Staats und der Streich- und Kürzungsmentalität im öffentlichen Dienst muss endgültig vorbei sein!

Einen besonderen Dank möchte die **DPoIG Hamburg** ihrem Landesvorsitzenden Joachim Lenders aussprechen, der in den letzten fünf Jahren und insgesamt acht Jahre für die CDU Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft war und die Interessen der Polizei dort mit Nachdruck vertrat. Joachim Lenders hatte sich im Vorfeld der Bürgerschaftswahl entschieden, nicht wieder zu kandidieren und ist somit aus dem Parlament ausgeschieden. ■

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230





POLIZEISPIEGEL im Gespräch mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer

„Wir sind Profis für Sicherheit rund um die Uhr“

Herr Meyer, wenn Sie Ihre bisherige Amtszeit Revue passieren lassen, was haben Sie für sich „abgearbeitet“ und was muss unbedingt noch erledigt werden? Anders gefragt: Wie muss sich die Polizei Hamburg weiterhin aufstellen, um dem Anspruch einer Großstadtpolizei auch in Zukunft gerecht zu werden? Was steht aktuell auf Ihrer To-do-Liste?

Für mich war es vor sechs Jahren wichtig, den Personalaufbau anzuschieben, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Ausrüstung zu optimieren. Wir haben uns seitdem um die Veränderung der Dienstzeitregelung im Wechselschichtdienst und die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle gekümmert, verschiedene Erschwerniszulagen angepasst und – angefangen bei der Bodycam bis hin zur Mehrzweckweste – die Ausrüstung verbessert. Was uns nach meiner Auffassung an Ausstattung vor Ort fehlt, ist ein Distanz-Elektroimpulsgerät. Ein Todesfall in Rheinland-Pfalz hatte unsere Bemühungen zunächst gestoppt. Auch wenn die Meinungen darüber noch auseinandergehen, sehe ich im Verhältnis zu anderen Einsatzmitteln und deren Verletzungen klare Vorteile. Die Praxis in Rheinland-Pfalz und die Pilotierung im Saarland weisen in dieselbe Richtung: viel weniger Auseinandersetzungen, da das gewaltbereite Gegenüber häufig ohne Weiteres von seinem Vorhaben Abstand nimmt. Ich bin heute aus verschiedenen Gründen der Auffassung, dass wir bei dem Thema jetzt mit kleinen Schritten vorgehen sollten. Da zudem die Finanzierungsfragen ungeklärt sind und für mich ehrlich gesagt die Systembekleidung vorgeht, müssen wir schauen, was möglich ist.

Den Bereich „Bau“ – vor allem am Standort Alsterdorf – hat der Senator mit einer klaren und guten Agenda vorgegeben. Ebenso vordringlich ist für mich unsere IT-Ausstattung. Bei meinen Dienststellenbesuchen im LKA dominiert dieses Thema. Hier geben wir aktuell Gas, was aber auch notwendig ist, um die Defizite aufzuarbeiten und uns für das „digitale Zeitalter“ gut aufzustellen. Aktuell stehen die Projekte „Polizei 2020“, „Mobi-Pol“, „Dataport Basiskunde“ (Outsourcing des Endgeräbetriebs und -supports), „neue Leitstelle“ (PERLE) und die Transformation der IT-Abteilung nebeneinander. Wobei irgendjemand ja auch noch den Alltag managen muss. Hier liegt unsere größte Herausforderung. Die To-do-Liste ist damit noch nicht am Ende: Entlastungen beziehungsweise weniger Bürokratie bei den Themen Abschleppen und Schwertransporte oder bei der Bearbeitung von Massenkriminalität stehen ebenso an wie moderne Führungsfragen, die sich auf Werteorientierung und Fehlerkultur beziehen. Außerdem schauen wir wieder rechts und links und über den Tellerand, was sich woanders entwickelt, und betrachten den Nutzen für Hamburg.

Gibt es einen typischen Arbeitstag für Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und falls ja, wie sieht er aus?

Grober Standard ist, dass der Wecker morgens um Viertel nach sechs klingelt. Dann geht der erste Blick aufs Handy: Was war in der Nacht los? Was steht in den Medien? Gegen 8 Uhr geht's ins Büro. Um 8.30 Uhr folgt das erste Briefing, 9 Uhr dann die Morgenlage durch den PfvD und die Chefs von LKA, SP, Lst, WSP und PÖA. Ab 9.30 Uhr sieht der Kalen-

der dann jeden Tag anders aus, bleibt aber eng im Takt: interne Besprechungen, Veranstaltungen, Pressetermins, Dienststellenbesuche und natürlich jede Woche auch noch externe Termine, beispielsweise beim Senator und in verschiedenen innerbehördlichen Runden. Mein Bürotag endet häufig gegen 18/19 Uhr. Mitunter folgen Abendveranstaltungen, zum Beispiel Vorträge bei Bürgerversammlungen, oder Wochenendtermine – und



Ralf Martin Meyer

eben Dienstreisen, oft mehrtägig. Alltag ist vor allem, dass immer wieder etwas passiert, was einen plötzlich fordert und die bisherige Planung umwirft – und dass man immer erreichbar zu sein hat. Um mich daran zu gewöhnen, hatte ich ja seit der Leitung des MEK und der Aufgabe als Pressesprecher genug Zeit.

Die Polizei steht immer im Fokus der Öffentlichkeit, sei es durch sogenannte parlamentarische Beobachter bei Demonstrationseinsätzen, durch die Innenpolitiker von Regierung und Opposition, durch die Medien und natürlich durch die Bürgerinnen und Bürger. Wie hat sich in den letzten Jahrzehnten aus Ihrer Sicht das Verhältnis Polizei und Bürger gewandelt?

Wir haben uns zu einer modernen Großstadtpolizei entwickelt, einem Dienstleister. Wir

sind Profis für Sicherheit und die Hilfsinstitution für alle Menschen rund um die Uhr. Nicht zuletzt deshalb genießt die Polizei allgemein ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Das haben wir uns erarbeitet. Es ist aber nichts, worauf wir uns ausruhen dürfen. Für einzelne Aufgaben werden wir aus bestimmten Kreisen immer wieder kritisiert. Das müssen wir professionell aushalten, auch wenn es unsere Arbeit psychisch und physisch erschwert. Allein die Gesetze ziehen hier die Grenzen. Mir ist es wichtig, unsere Kolleginnen und Kollegen dabei so gut wie möglich zu unterstützen, gegebenenfalls auch durch Supervision. Insgesamt überwiegen bei Weitem die – wie auch durch die Welle des Zuspruchs nach dem G20-Gipfel gezeigte – große Solidarität mit und der Rückhalt für die Polizei. Dem widerspricht auch die Gewalt nicht, die unsere Kolleginnen und Kollegen immer wieder erleben müssen, wenn Menschen in Ausnahmesituationen auf die Polizei treffen. Dazu müssen wir ihnen die bestmögliche Ausrüstung und Ausbildung zur Verfügung stellen. Was wir nicht unterschätzen dürfen, ist das Sicherheitsbeziehungsweise Unsicherheitsgefühl der Menschen. Auch daran müssen wir mit Präsenz und gutem Kontakt zu den verschiedenen Communitys arbeiten. Besondere Sorgen macht mir die Angst in Deutschland vor weiteren Anschlügen durch rechtsradikale Täter. Hier müssen wir alles tun, um diese völlig fehlgeleiteten Umtriebe früh zu erkennen und sie zu stoppen. In diesem Kontext werden auch einzelne Fehlentwicklungen in den Polizeien immer wieder thematisiert. Hier brauchen wir Mechanismen der Früherkennung, müssen alle gemeinsam hinschauen. Das Ge-



fühl, in jüdischen Gemeinden oder bei Menschen mit einer familiären Migrationsgeschichte in Deutschland nicht ausreichend geschützt zu sein, kann auch das Vertrauen in die Polizei unterminieren.

Polizeiarbeit umfasst eine in der Öffentlichkeit kaum bekannte Bandbreite und auch intern sind die Aufgaben und das Tätigkeitsfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr vielfältig und zum Teil auch sehr spezialisiert. Es ist für die Polizei sehr schwierig geworden, bestimmte Stellen mit qualifiziertem Personal – zum Beispiel in der IT – nachzubesetzen. Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Polizei? Was muss getan werden, um beispielsweise in der Verwaltung oder beim IT Personal zu gewinnen und auch zu halten?

Ich sehe uns von der Aufgaben- und den Arbeitsbedingungen her als attraktiven Arbeitgeber. Wir haben einen abwechslungsreichen, interessanten Beruf, dessen verschiedene Belastungen sich bei der Nachwuchssuche nicht negativ auswirken. Außerdem haben wir – teilweise – moderne Arbeitsplätze, wenn ich nur an den Funkstreifenwagen denke. Für das Thema „Beruf und Familie“ haben wir auch viel erreicht, leiden allerdings noch daran, dass unsere dringend benötigten personellen Verstärkungen vielfach noch in der Ausbildung sind und vor Ort fehlen. Was das Gehalt und die Karrierechancen angeht, können wir sicher immer noch besser werden. Derzeit profitieren viele Kolleginnen und Kollegen jedoch von der hohen Zahl der Pensionierungen und den dadurch frei werdenden, besser dotierten Dienstposten, zumal sich jeder frei werdende Leitungsposten ja kaskadenhaft bis zum jeweiligen Einstiegsamt auswirkt. In der Verwaltung fehlen – im Vergleich zu anderen Arbeitgebern – ausreichend attraktive Dotierungen und ver-

gleichbare Karrierechancen. Wenngleich der Staat als Arbeitgeber nach wie vor nicht unattraktiv ist, müssen wir hier aufpassen und gegensteuern, beispielsweise durch organisatorische Maßnahmen, die dann Karrierewege und höhere Dotierungen ermöglichen, wie wir sie in Hamburg für die Angestellten im Polizeidienst geschaffen haben. Im IT-Bereich ist es besonders schwierig, konkurrenzfähig zur Wirtschaft zu sein. Hier brauchen wir neue Wege. Da es durchaus attraktiv ist, temporär für die Polizei zu arbeiten, müssen wir in unseren Beschäftigungsmöglichkeiten flexibler werden, bereit sein für Kooperationen mit der Wirtschaft oder anderen Ländern bis hin zu einer möglichen Verbeamtung. Im Einzelfall muss die Spitzenkraft auch mal mehr bekommen als der Chef. Ein paralleler Weg muss aber auch verfolgt werden: eigene Talente und Interessierte zu erkennen und zu fördern! Denn wir werden nicht alles extern finden und in der Konkurrenz zur Wirtschaft schon gar nicht besetzen oder bezahlen können.

Die gegenwärtige Personalsituation und die Einsatzbelastung über alle Organisationsbereiche der Polizei hinweg sind bekannt. Wo liegen Ihre thematischen Schwerpunkte für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges?

Die personelle Stärkung ist das eine, dazu sind derzeit viele Nachwuchskräfte an unseren Ausbildungseinrichtungen. Das kann aber nicht allein das Mittel der Wahl sein. Wir sehen das in Hamburg schon daran, dass unsere Akademie bis zum Bersten gefüllt ist und bis 2025 kaum zusätzliche Kapazität besteht. Deshalb halte ich das Thema Entlastung für sehr wichtig. Neue Aufgaben kommen von allein – aber sich von alten Aufgaben zu trennen, scheint eine Schwierigkeit zu sein. Schwertransporte

sowie ruhender Verkehr und Abschleppen sind nur zwei Aufgabenfelder, in denen wir die Arbeit an Private beziehungsweise Beliehene übertragen könnten. Dazu kommt die Möglichkeit, die eigenen Prozesse zu verbessern. Gerade bei Massendelikten gibt es im Verfahrensablauf zwischen Anzeigenaufnahme, weiterführender Sachbearbeitung und der Staatsanwaltschaft, die das Verfahren häufig einstellt, noch Optimierungspotenzial. Dazu sind entsprechende Vereinbarungen mit der Staatsanwaltschaft für eine effektivere Abstimmung der Ermittlungen in Arbeit. Auch die Unterstützung durch moderne IT wird demnächst vieles erleichtern. Solange wir Daten vor Ort immer noch in eine Kladde schreiben, bevor wir sie später am Schreibtisch in das Vorgangsbearbeitungssystem übertragen, gibt es auch hier viele Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Die gesellschaftliche Entwicklung, auch bei der Polizei, ist bemerkenswert. Trotzdem haben viele Kolleginnen und Kollegen das Gefühl, wir könnten schon viel weiter sein, fertige Konzepte und Ideen liegen in der Schublade und es hakt schlicht an der Umsetzung, weil unter anderem die finanziellen Ressourcen nicht ausreichen. Wie geht es konkret weiter und was kommt auf die Kolleginnen und Kollegen zu?

Wie so häufig gab es viele Gründe für Verzögerungen. Wir haben 2015 begonnen, das Thema „Mobile Polizeianwendungen (MobiPol)“, also die Ablösung von Papier und Stift durch ein mobiles Endgerät zu starten. Nach verschiedenen Unwägbarkeiten – ersten Pilotierungen und technischen Anpassungen, anderen Prioritäten während des G20-Gipfels, einem neuen städtischen Vertragspartner, offenen Finanzierungsfragen – starten wir im März 2020 endlich ein stufiges Rollout.

Es werden in Anbindung an ein neues Einsatzleitsystem (Projekt „PERLE“) sukzessive insgesamt 4.000 iOS-Geräte für den Polizeivollzug ausgegeben. Ein System verschiedener Applikationen ermöglicht den stufenweisen Ausbau der Anwendungsmöglichkeiten. Zunächst werden die mobilen Auskunftssysteme, ein Messenger und Teile mobiler Sachbearbeitung aufgespielt sein. Außerdem ist eine Übersetzungssoftware mit Audioerkennung für mehrere Sprachen verfügbar, teilweise mit Sprachausgabe. Weiter geht es mit einer Foto-App, welche die sichere und saubere Übernahme von Fotos und Videos in unser System ermöglicht. Die automatische Übernahme von Ausweisdaten per Scan wird ein folgender Schritt. Diktierfunktion und andere Anwendungen werden irgendwann folgen. Durch eine sogenannte Flatrate und die technische Trennung im Gerät, ist ausnahmsweise auch eine private Nutzung möglich. Ich möchte nicht zu viel versprechen, denke aber, dass mit dem Rollout der Apple-Geräte ein neues digitales Zeitalter beginnt. Wenn ab 2022 die neue – wenn auch noch – Interimsleitstelle in Betrieb geht, werden unsere Arbeitsprozesse durch ein schnelleres, moderneres und sicheres (Notruf-) System unterstützt.

Losgelöst von allen Ressourcen, Vorgaben und Gremien, wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche wären das?

Die schnelle Optimierung unserer IT, die stärkere und spürbare Entlastung von Arbeit für den Papierkorb und an allererster Stelle: zukünftig keine verletzten Kolleginnen und Kollegen und – wie gerade in Hamburg wieder geschehen – getöteten Weggefährten erleben zu müssen.

Herr Meyer, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Corona-Krise – Sorgen um den Gesundheitsschutz der Polizeibediensteten ernst nehmen!

Am heutigen Tag, dem 22. März 2020, verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel neue Corona-Maßnahmen mit einer Geltungsdauer von mindestens zwei Wochen. Die Umsetzung der Maßnahmen sollen die Ordnungsbehörden und die Polizei kontrollieren.

Doch während das öffentliche Leben immer weiter heruntergefahren wird, müssen unsere Kolleginnen und Kollegen auf den Straßen der Stadt präsent bleiben.

Die Hamburger Innenbehörde verzichtet im Gegensatz zu anderen Behörden immer noch darauf, Kolleginnen und Kollegen ins „Homeoffice“ zu schicken und somit nötige Reserven zu bilden.

Immerhin hat Hamburg, in Relation zur Einwohnerzahl und im Vergleich der Bundesländer, zum heutigen Zeitpunkt die höchste Dichte an Infizierten. Und die Zahl steigt stetig.

Da bis zum heutigen Tag Innensenator Andy Grote (SPD) nicht die Notwendigkeit und die Möglichkeit gesehen hat, mit dem Vorstand des Personalrates der Polizei das persönliche Gespräch zu suchen, veröffentlichte der Personalrat der Polizei einen Personalratsreport mit einem Brief an Senator Grote, in dem er die

Besorgnis nach Aufrechterhaltung der Gesundheit der Polizeibediensteten anmahnt, die bislang getroffenen Maßnahmen bei der Polizei als unzureichend kritisiert und mit dem eindringlichen Appell, sich endlich gemeinsam auszutauschen.

Die **DPoIG Hamburg** teilt vollumfänglich die Besorgnis nach Aufrechterhaltung der Gesundheit der Polizeibediensteten, die der Personalrat der Polizei in diesem Schreiben an den Innensenator dargelegt hat. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass Senator Grote in einer solchen Krisensituation für ein Gespräch mit dem Vorstand des Personalrates nicht zur Verfügung steht und stattdessen die Gesprächsangebote brüsk ablehnt.

Die **DPoIG Hamburg** erwartet von Senator Grote, dass er die Sorgen um den Gesundheitsschutz der Polizeibediensteten, die der Personalrat der Polizei aufgeworfen und thematisiert hat, ernst nimmt

und entsprechend reagiert. Es zeugt nicht gerade von einem verantwortungsbewussten Handeln in einer Krisensituation, Sorgen um die Gesunderhaltung von Bediensteten nicht ernst zu nehmen. Das behördliche Handeln transparent und nachvollziehbar zu machen, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Das für operative Einsatzkräfte bei Polizei und Feuerwehr andere Maßstäbe angelegt werden – gerade in Krisensituationen –, liegt auf der Hand. Trotzdem muss den Bediensteten der größtmögliche Schutz zur Gesunderhaltung gegeben werden. Es ist zumindest erklärungsbedürftig, warum gerade in Hamburg, im Epizentrum der Coronapandemie (Aussage der KVH), andere Verfahrensweisen bei der Polizei gelten sollen als in den Polizeien der Nachbarländer und bei der Bundespolizei. Die **DPoIG Hamburg** fordert den Senator auf, seiner Aufgabe als oberster Dienstherr der Polizei gerecht zu werden und die Gesunderhaltung seiner Mitarbeiter als priorisiertes Ziel anzusehen. Erkrankte und damit nicht mehr im Dienst befindliche Mitarbeiter können die vor uns liegenden Herausforderungen nicht bewältigen. Gemeinsam muss eine Krise bewältigt werden und nicht gegeneinander.

Nach Auffassung der **DPoIG Hamburg** ist es längst an der Zeit, die Anzahl der operativen Kräfte auf das erforderliche Maß zu reduzieren und nicht notwendige Kräfte in häusliche Bereitschaft zu versetzen. Nur durch bilden von Reserven kann man unmittelbar auf weitere Einsatzkräfte zurückgreifen, falls es zu grö-

ßeren Außerdienstsetzungen durch Erkrankungen kommen sollte.

Die **DPoIG Hamburg** hofft, dass bis zum Erscheinen des POLIZEISPIEGELS die geforderten Maßnahmen mittlerweile umgesetzt worden sind und Innensenator Grote das Gespräch mit dem Personalratsvorstand gesucht hat.

Der Landesvorstand

> Fundstück des Monats

Instagram-Fundstück des Monats

© Pixabay



© jo_hanna_o

„Zitiert“

Auf Abstand zu gehen hilft auch all denen, die denen helfen, für die das leider schon zu spät kommt.

B.Z.-Chefredakteurin Miriam Krekel



Polizei und Telearbeit – aus der Corona-Krise lernen!

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Telearbeit und mobiles Arbeiten bei der Polizei Hamburg? Das war anfangs nicht so recht vorstellbar. Die **DPoIG Hamburg** hatte es schon vor Jahren gefordert und unterstützte den von der Polizeiführung gezeigten Willen, die Telearbeit wenigstens pilotieren zu wollen, nachdem diese schon in vielen anderen Ämtern der Stadt Hamburg erfolgreich umgesetzt wurde.

Als im September 2017 schließlich die „Dienstvereinbarung alternierende Telearbeit“ unterschrieben wurde, tat sich eine weitere Chance für die Polizei Hamburg auf, ein moderner Arbeitgeber zu werden. Die Dienststelle hatte stufenweise 200 Telearbeitsplätze und 20 temporäre Telearbeitsplätze genehmigt. Diese wurden nach Bekanntgabe von dem Besetzungsgremium nach sozialen Gesichtspunkten vergeben – vornehmlich sollen demnach Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt werden, die Telearbeit aufgrund von Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder aus gesundheitlichen Gründen beantragt haben.

Telearbeit ist absolut zeitgemäß und bringt viele Vorteile mit sich: Weniger Ablenkungen, da Störungen durch Kolleginnen und Kollegen ausbleiben, weniger Besprechungen, keine nervigen Fahrtwege, höhere Motiva-

tion durch selbstbestimmtes und flexibleres Arbeiten und dadurch auch eine spürbar bessere Work-Life-Balance.

Zum vollständigen Bild gehört aber auch, dass Telearbeit durchaus auch Nachteile haben kann; Vereinsamung durch Kommunikationsdefizite, Schwächung des Teamgedankens, fehlende Disziplin und Selbstmotivation, wenn man sich zwischen Waschmaschine und Laptop verzettelt. Oft besteht auch die Gefahr, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen – wobei hier ausdrücklich auch das verspätete Abschalten zum Feierabend und die Versuchung, auch am Wochenende „mal eben nach E-Mails“ zu schauen gemeint ist.

Darum ist es aus Sicht der **DPoIG Hamburg** richtig, dass die Polizei Hamburg die alternierende Telearbeit anbietet, die vorsieht, dass die Arbeitnehmer ihre Arbeit sowohl im Homeoffice als auch mindestens ein Drittel an der Dienststelle verrichten.

Telearbeit und mobiles Arbeiten unterscheiden sich übrigens. Telearbeit unterliegt der Arbeitsstättenverordnung und wird vollständig von zu Hause durchgeführt. Mobiles Arbeiten kann dagegen jederzeit ortsunabhängig erfolgen.

Wie wichtig neben der alternierenden Telearbeit auch das mobile Arbeiten sein kann, haben wir in Perioden von großer Belastung und Einsatzbereitschaft kennengelernt. In solchen Zeiten ist es gut, wenn wir uns einen Laptop greifen und unsere Arbeit spontan woanders verrichten können. In der aktuellen, ohne Vorwarnung eingetretenen Corona-Krise hat die gesamte Polizei gemerkt, wie wichtig die Themen Telearbeit und mobiles Arbeiten sein können. Leider gibt es bei Weitem nicht genügend Hardware, um alle interessierten und geeigneten Kolleginnen und Kollegen von zu Hause oder unterwegs arbeiten zu lassen. Da die Polizei Hamburg als eine der letzten Bereiche in der Hamburger Behördenlandschaft noch immer nicht mit Windows 10 ausgestattet ist, gab es aber keine Möglichkeit, mal eben zusätzliche Rechner anzuschaffen.

Das mobile Arbeiten wird in der Polizei Hamburg ohne Dienstvereinbarung ebenfalls praktiziert. Erstrebenswert wäre aus Sicht der **DPoIG Hamburg**, auch eine Vereinbarung hinsichtlich einer sogenannten flexiblen Telearbeit abzuschließen. Ein gewisses Kontingent von einsatzbereiten Laptops verteilt auf die verschiedenen Organisationseinheiten und Dienststellen, am besten mit einer zentralen Vergabe, könnte so Kolleginnen und Kollegen ohne große Antragsprozedur, aber in Absprache mit den Vorgesetzten, flexibles Arbeiten ermöglichen!

So oder so, die Möglichkeit, auch außerhalb der Dienststelle zu möglichst selbst gewählten Zeiten zu arbeiten, erlangt in der neuen Arbeitswelt 4.0 immer mehr Bedeutung. Schon heute kann in vielen Bereichen der Verwaltung und des LKAs, aber auch in einigen geeigneten Stellen der SP oder WS mobiles Ar-



© Windmüller

> Beate Petrou

beiten in Anspruch genommen werden. Allerdings benötigen wir jetzt unbedingt ein größeres Kontingent für die alternierende Telearbeit, da es derzeit keine neuen Plätze mehr gibt. Die **DPoIG Hamburg** wird deshalb – hoffentlich zusammen mit der Polizeiführung – darauf hinwirken, noch in 2020 das Kontingent spürbar auszuweiten und das mobile Arbeiten offiziell und tatsächlich möglich zu machen.

Da wir in der Verwaltung in Konkurrenz zu anderen Ämtern und Behörden stehen, bei denen die Telearbeit bereits weit verbreitet ist, muss die Polizei Hamburg zügig und entschlossen handeln! Inzwischen ist das Kriterium Telearbeit für immer mehr außenstehende Bewerberinnen und Bewerber ein entscheidendes Kriterium! Wir können uns hier nicht erlauben, im Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber abgehängt zu werden. Hier müssen wir aus der Corona-Krise lernen und uns deutlich konsequenter mit der Telearbeit auseinandersetzen und dies endlich als ernsthafte Arbeitsform anbieten.

Deshalb fordert die **DPoIG Hamburg** eine zeitnahe und deutliche Erweiterung des Telearbeitskontingentes und die schnelle Einführung einer geregelten flexiblen Telearbeit! ■



© unsplash



Konstituierende Sitzung der JUNGEN POLIZEI

Unsere Nachwuchsorganisation geht neu gestärkt und topmotiviert ins neue Jahr

Auf dem Landesausschuss der **DPoIG Hamburg** am 23. Januar 2020 wurde die Leitung der JUNGEN POLIZEI neu gewählt. Seitdem bilden Stefan Bereuter (PK 17) als Landesjugendleiter, Nicholas Kriegk (PK 43) als stellvertretender Landesjugendleiter und Julia Kupfer (PK 31), die auf der konstituierenden Sitzung als Geschäftsführerin bestätigt wurde, den Vorstand der JUNGEN POLIZEI.



Auf der konstituierenden Sitzung der JUNGEN POLIZEI Anfang März wurde Julia Kupfer (PK 31) als Geschäftsführerin gewählt. Neben Julias Wahl wurden aktuelle polizeiliche Themen und Anliegen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer besprochen. Viele Ideen wurden von den anwesenden aktiven Mitgliedern eingebracht und diskutiert, insbe-

sondere von neuen Anwärterinnen und Anwärtern aus dem aktuell 1. Semester. Wir freuen uns, dass gewerkschaftliches Interesse und Engagement bereits im 1. Semester beginnen.

Die nächste Sitzung der JUNGEN POLIZEI wird voraussichtlich Mitte April stattfinden.

Interessierte Mitglieder sowie Anwärter und Anwärterinnen sind herzlich eingeladen.

Wir danken an dieser Stelle besonders der ehemaligen Landesjugendleiterin Christine Höxtermann und ihrem Stellvertreter Timo Ehm, die in den letzten Jahren zusammen mit Stefan Bereuter die Geschicke

der JUNGEN POLIZEI gelenkt haben.

Wir werden auch weiterhin ein offenes Ohr für die jungen Kolleginnen und Kollegen an der Akademie der Polizei Hamburg haben und freuen uns auf die vor uns liegenden Aufgaben.

JUNGE POLIZEI

Vorgestellt: Nicholas Kriegk, JUNGE POLIZEI

Im Februar 2013 begann Nicholas seine Ausbildung im mittleren Dienst bei der Polizei Hamburg. Sein Praktikum absolvierte er im Süden Hamburgs am Polizeikommissariat (PK) 47 in Neugraben. Nach dem erfolgreichen Bestehen der Ausbildung wurde die Landesbereitschaftspolizei (LBP) seine Erstverwendungsdienststelle. Im dritten Zug der ersten Hundertschaft galt es dann, über ein Jahr lang nicht nur auf Hamburgs Straßen für Sicherheit zu sorgen, sondern auch auf zahlreichen Einsätzen im ganzen Bundesgebiet – unter anderem in Köln, Han-



nover, Lübeck und Berlin – seinen Mann zu stehen. Von der LBP aus bewarb sich Nicholas für das Aufstiegsstudium, sodass er nach dem Einstellungs-

test im Oktober 2016 das Studium als Polizeikommissarsanwärter begann. In den drei Studienjahren engagierte er sich sehr für die Anliegen seiner Kommilitonen und war innerhalb der studentischen Vertretung und als Mitglied des Fachbereichsrats tätig. Nach der erfolgreich absolvierten LA-II-Prüfung ging es für ihn dienstlich an das PK 43 nach Bergedorf, wo der 27-Jährige seinen Dienst seit Oktober 2019 als Mitarbeiter einer Wachdienstgruppe verrichtet. Gewerkschaftlich kennen insbesondere unsere jungen Kolleginnen und Kollegen

Nicholas von Infoständen, Klassenvorstellungen, dem „Meet-and-Greet“-Tag, Einsatzbegleitungen oder auch Personalversammlungen. Hier hat er engagiert und konstruktiv die Anliegen der Studierenden gegenüber der Behördenleitung und der Polizeiführung vertreten. Seit Januar dieses Jahres ist Nicholas stellvertretender Landesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI der **DPoIG Hamburg**. Für diese neue, arbeitsintensive Aufgabe wünschen wir Nicholas Kriegk viel Erfolg und das notwendige Glück – danke für dein Engagement!



Notwendigkeit der Einrichtung einer Schwerlast-Kontrollgruppe

Von Andreas Dubsy, Beisitzer VD, und Marlies Farrar, Schwerlastexperten der Verkehrsdirektion

Nach wie vor werden aufgrund der Konkurrenzsituation im Schwerlastgewerbe und dem Bestreben, Fahrzeuge und Fahrpersonal optimal auszulasten, Verkehrsvorschriften häufig bewusst missachtet und dadurch nicht selten gefährliche Verkehrssituationen ausgelöst.

Dieses betrifft insbesondere den komplexen Bereich der Sozialvorschriften, die Ladungssicherheit sowie die Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Unfälle werden vielfach durch überhöhte beziehungsweise nicht angepasste Geschwindigkeit und Unterschreiten des Mindestabstandes verursacht. Weitere Ursachen sind Überladungen, mangelhafte Ladungssicherung und technische Mängel an den Fahrzeugen.

Außerdem lassen die Fahraufträge ein verkehrsgerechtes Verhalten und Beachten der einschlägigen Vorschriften kaum zu und setzen zudem die Kraftfahrer erheblich unter Druck.

Fahrtenschreiber sowie auch andere technische Einrichtungen (Ad-Blue-Systeme) werden seitens der Fahrer und/oder der Unternehmen bewusst und gewollt manipuliert, um unter anderem die gesetzlichen Regelungen der Sozialvorschriften zu umgehen und sich somit einen finanziellen Vorteil in diesem stark umkämpften wirtschaftlichen Bereich zu verschaffen.

Sicherheitsrelevante Aspekte, die durch Manipulationen entstehen können, werden billiger

in Kauf genommen und die Fahrer werden durch die Nichteinhaltung von Pausen und Ruhezeiten in einen unzumutbaren Leistungsbereich gedrängt und gefährden dadurch in hohem Maße die Verkehrssicherheit.

Kontrollen des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs der letzten Jahre in Hamburg zeigen auf, dass bis zu 80% aller überprüften Fahrzeuge beanstandet werden.

Die Anzahl der Schwerlastfahrzeuge nimmt stetig weiter zu. Hamburg ist nicht nur als Hauptverbindung der Nord-Süd-Achse, sondern auch durch den Hafen, dessen Umschlag ebenfalls eine steigende Tendenz aufweist, extrem durch Schwerlastfahrzeuge frequentiert.

Die gesetzlichen Vorgaben für die Anzahl der zu kontrollierenden Fahrzeuge sind gesetzlich wie folgt geregelt (RL 2014/47/EU):

Art. 5 – Prozentsatz der zu kontrollierenden Fahrzeuge

- Bei den in Art. 2 Abs. 1 Buchstaben a, b und c genannten Fahrzeugen entspricht die Gesamtzahl der anfänglichen technischen Unterwegskontrollen in der Union in jedem Kalenderjahr mindestens fünf Prozent der Gesamtzahl dieser Fahrzeuge, die in den Mitgliedstaaten zugelassen sind.
- Jeder Mitgliedstaat ist bestrebt, eine zweckmäßige Anzahl anfänglicher technischer Unterwegskontrollen durchzuführen, die im Ver-

hältnis zur Gesamtzahl der derartigen in seinem Hoheitsgebiet zugelassenen Fahrzeuge steht.

Um die Richtlinie der EU zu erfüllen und die Verkehrssicherheit auf Hamburgs Straßen erheblich zu erhöhen liegt die Einrichtung einer Schwerlast-Kontrollgruppe auf der Hand.

Nur durch qualifizierte Kontrollbeamte kann eine standardisierte Umsetzung der geforderten Richtlinie zur technischen Unterwegskontrolle (RL 2014/47/EU) erfolgen. Zur Aufrechterhaltung des Fachwissens sind eine kontinuierliche Zusammenarbeit und eine tägliche Umsetzung in der Praxis unumgänglich. Die ständige technische Weiterentwicklung der Fahrzeuge und der sich dadurch ergebenden Möglichkeiten der Manipulationen erfordern ein hohes Maß an technischem Fachwissen. Dies bedingt ein weites Spektrum an vorhandenem Equipment, wie zum Beispiel eine mobile Radlastwaage, Messgeräte, OBD (On-Board-Diagnose) und eine Wärmebildkamera. Durch (nahezu) täglichen Einsatz wären eine Auslastung und ein sicherer Umgang mit vorhandenem Equipment Erfolg versprechend. Durch variable Kontrollzeiten ist eine Erhöhung des Überwachungsdrucks möglich. Ebenfalls ist eine qualifizierte Unterstützung des Unfalldienstes und der Polizeikommissariate bei Verkehrsunfall- und Ursachenauswertungen oder etwaigen Kontrollen möglich. Des Weiteren kann eine Unterstützung der PK bei Abfahrtskontrollen oder in Einzelfällen bei der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten (GST) erfolgen, was zu einer Entlastung speziell im Primärvollzug führen würde.

➤ Unzureichend gesicherte Ladung

Mit der Bildung einer Schwerlast-Kontrollgruppe kann ein einheitlicher Ausbildungsstand beziehungsweise eine einheitliche Arbeitsweise erreicht werden. So würde die Möglichkeit bestehen, zum Beispiel für die Kolleginnen und Kollegen nach einem absolvierten schwerlastspezifischen Lehrgang an der Akademie der Polizei, für einige Zeit in der Schwerlastgruppe mitzufahren, um die gelernte Theorie sicher in der Praxis umzusetzen.

Der Schwerlastverkehr wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Hamburg als „Tor zur Welt“ kann es sich nicht leisten, in diesem Segment den Anschluss zu verpassen und dadurch eine Verschlechterung der Verkehrssicherheit in Kauf zu nehmen.



➤ Verkehrsunfall aufgrund mangelnder Ladungssicherung



➤ DAKO-Stick, Strommessgerät, OBD-Auslesegerät



2020

dbb Busausfahrten: Programm August bis Dezember 2020



© Pixabay

Der BRH Hamburg und die Seniorenvertretung des dbb hamburg laden die Mitglieder aller Mitglieds-gewerkschaften und deren Gäste auch im Jahr 2020 wieder zu den beliebten Monatsausfahrten ein. Wir sind überzeugt, dass unser Angebot, auch preislich, unschlagbar ist. Bitte beachten Sie die Hinweise bezüglich der geänderten Abfahrtsorte/-zeiten, die je nach Zielort variieren!

Teilnehmerpreis: dbb Mitglieder (alle Mitglieder einer dbb Fachgewerkschaft und ihre Angehörigen): 55 Euro – Gäste: 60 Euro. Der Teilnehmerpreis beinhaltet die Fahrt im luxuriösen Reisebus der Firma Globetrotter, das Mittagsmenü sowie Kaffee und Kuchen.

18. August 2020: Charmantes Travemünde

**Abfahrt Niendorf: 9.30 Uhr,
ZOB: 10 Uhr,
Bergedorf: 10.30 Uhr**

Genießen Sie das maritime Flair und den besonderen Charme des Ostseebads Travemünde. Im gemütlichen Restaurant, direkt am Wasser gelegen, wird Ihnen ein leckeres Mittagessen serviert (Auswahl zwischen Roastbeef und Scholle). Nach einem Spaziergang erwartet Sie eine gemütliche Kaffeetafel. Be-

treuung: Jibben Großmann-Harms

15. September 2020: Gross Zecher am Schaalsee

**Abfahrt Niendorf: 9.30 Uhr,
ZOB: 10 Uhr,
Bergedorf: 10.30 Uhr**

In Gross Zecher am Schaalsee verwöhnen Sie sich heute mit leckerer Maräne (Maränen, circa 370 Gramm in Butter gebraten mit Petersilienkartoffeln und gemischtem Salat). Alternativgericht für Nichtfischesser, Damkalbssahneragout Jäger Art mit Champignons, Wirsing und Kroketten. Entdecken Sie die nähere Umgebung. Anschließend wird Ihnen ein Kaffeegedeck serviert. Betreuung: Helga Bremer

20. Oktober 2020: Kohlroulade in Dithmarschen

**Abfahrt geändert! Bergedorf:
9.30 Uhr, ZOB: 10 Uhr,
Niendorf: 10.30 Uhr**

Ihr heutiger Ausflug führt Sie in die idyllische Kohlregion – Dithmarschen. In einem gemütlichen Landgasthof genießen Sie eine leckere Kohlroulade mit Petersilienkartoffeln und Specksauce. Alternativ kann Ihnen Matjesfilet mit einer Sauce nach Hausfrauenart und Salzkartoffeln serviert

werden. Nach dem Mittagessen bringt Sie unser Bus zum Kohlmuseum in Wesselburen. Hier erwartet Sie zunächst eine Krautwerkstattbesichtigung (Dauer circa 45 Minuten). Anschließend ist eine Führung durch das Kohlmuseum geplant (Dauer 45 bis 60 Minuten). Achtung: Das Museum liegt im 2. Stock und ist nicht mit dem Fahrstuhl erreichbar. Den Tag lassen Sie bei der gemeinsamen Kaffeetafel ausklingen. Betreuung: Ilse Schibbe

17. November 2020: Karpfen in Appelbeck am See

**Abfahrt Niendorf: 9.30 Uhr,
ZOB: 10 Uhr,
Bergedorf: 10.30 Uhr**

Abseits vom Lärm der Großstadt, am Ufer eines malerischen Sees, liegt das Restaurant „Appelbeck am See“. Hier verwöhnen Sie sich heute mit dem berühmten Appelbecker Silberkarpfen mit zerlassener Butter, Sahneerrettich und frischen Kartoffeln. Für die Nichtfischesser gibt es natürlich das Alternativgericht Schnitzel „Wiener Art“ mit

Kräuterbutter, Gemüse und Salzkartoffeln. Anschließend erwartet Sie eine gemütliche Kaffeetafel. Betreuung: Helga Bremer

15. Dezember 2020: Vorweihnachtliches Entenessen in Behringen

**Abfahrt geändert! Bergedorf:
9.30 Uhr, ZOB: 10 Uhr,
Niendorf: 10.30 Uhr**

In unserem gemütlichen Traditionshaus „Zur grünen Eiche“ in der malerischen Lüneburger Heide wird Ihnen ein leckeres Entenbratenessen serviert. Am Nachmittag genießen Sie nach einem Spaziergang auch wieder Kaffee mit Buchweizentorte. So schmeckt die Lüneburger Heide! Betreuung: Hermann-J. Friederich

Abfahrtsorte: Hamburg-Niendorf: Friedrich Ebert-Str./Niendorfer Kirchenweg; Hamburg: Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB); Hamburg-Bergedorf: hinter dem ZOB, Johann-Meyer-Str.

**Anmeldungen:
Hermann-J. Friederich via E-Mail post@hhfriederich.de**

Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.
Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94